

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 14, 15. Juli 1998

rechts

Einblicke

Kohl ist im Wort

Von Heiner Lichtenstein

Länger als drei Jahre dauert er nun mittlerweile - der Streit um ein Holocaust-Denkmal im Berliner Regierungsviertel, aber eine Entscheidung steht noch immer aus. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen ist inzwischen auf Distanz gegangen, Helmut Schmidts Regierungssprecher Klaus Bölling wirft dem Bundeskanzler „Arroganz der Macht“ vor, weil Kohl noch in diesem Monat endgültig den modifizierten Entwurf des New Yorker Architekten Eisenmann vorschlagen will. Bedenken haben auch prominente Intellektuelle geäußert, unter ihnen Günter Grass, Marion Gräfin Dönhoff und Walter Jens. Warnungen vor dem Mahnmal hat es seit Beginn der Diskussion gegeben. Der Völkermord an den europäischen Juden übersteige jede Möglichkeit der Mahnung und des Gedenkens. Wer so argumentiert, mag Gründe haben. Dennoch muß endlich eine Entscheidung fallen - für das Mahnmal. Das Volk, aus dem die Täter kamen, ist es den Opfern und den folgenden Generationen schuldig.

1995, ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung, hat der Bundespräsident den 27. Januar als Tag der Befreiung von Auschwitz zum deutschen Holocaustgedenktag bestimmt. Seitdem wird wenigstens einmal im Jahr an die Shoah erinnert - in Schulen, Universitäten, Städten und Gemeinden, in Landtagen und im Parlament dieses Staates. Die Resonanz spricht für Roman Herzogs Entscheidung. Ähnliche Folgen wird das Mahnmal haben.

Wirkliche Trauer um den Verlust der Ermordeten fehlt unserem Volk auch heute noch. Das Mahnmal in Berlin kann die Aufgabe übernehmen, auch darüber nachzudenken, was die Nazis dem Volk durch den Massenmord geraubt haben. Das vorgesehene Gelände inmitten des künftigen Regierungsviertels ist genau der richtige Ort. Der ständige Blick auf das Mahnmal kann dafür sorgen, daß Antisemitismus, Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit hier keinen Platz haben dürfen - nicht jetzt und nicht in Zukunft.

Drahtseilakt

Der „Bund Freier Bürger“ bewegt sich auf einer schwierigen Gratwanderung zwischen Extremisten und dem rechten Rand von Union und FDP. **Seite 2 ■**

Lesestoff für Hooligans

Zahlreiche neonazistische Blättchen kursieren auch unter gewaltbereiten Fußballfans. **Seite 3 ■**

Brisanter Nährboden

Wahlforscher haben bei 13 Prozent der deutschen Wähler ein rechtsextremes Weltbild festgestellt. **Seite 5 ■**

Keine Entlastung

Das umstrittene „Schwarzbuch des Kommunismus“ hat einen gewaltigen publizistischen Wirbel ausgelöst. **Seite 8 ■**

Ende des Schweigens

Ein Symposium Mitte August in Düsseldorf will den Nachkommen von Holocaustopfern Gehör verschaffen. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Schwieriger Spagat

Der „Bund Freier Bürger“ schwankt zwischen Extremismus und Anpassung. Zulauf erhält er hauptsächlich vom rechten Rand der Union und aus der FDP.

Auf nunmehr rund 2.400 Mitglieder habe sich der Stand seit Jahresbeginn verdoppelt, gab die Parteiführung des neoliberalen „Bund Freier Bürger“ um den ehemaligen FDP-Spitzenpolitiker Manfred Brunner bei ihrem Parteitag in München stolz bekannt. Durch die Zusammenarbeit mit dem „Landbund“ in den neuen Bundesländern bestünden auch dort jetzt stabile Strukturen. Weitere Kooperationsgespräche, so mit der „Deutschen Mittelstandspartei“ (DMP), seien im Gange. Beim jüngsten Parteitag sei zudem eine deutliche Verjüngung der Parteispitze gelungen. Erfolg auf der ganzen Linie also - wenn man den Eigenangaben glauben darf.

Skepsis scheint jedoch angebracht. Die Parteistruktur ist offenkundig noch immer mangelhaft ausgebaut, besonders mangelt es an Aktivisten, die auch „niedrigere Arbeiten“ übernehmen. Zwar hat das Führungsduo Kappel/Brunner zahllose größere Veranstaltungen durchgeführt, um den Bekanntheitsgrad der rechtslastigen Partei zu erhöhen, doch wurde zugleich bis Ende Juni noch immer brieflich um Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl geworben.

Zwar ist tatsächlich eine Kooperation mit dem „Landbund“ in den neuen Ländern geglückt, doch sah sich dessen Geschäftsführer Dieter Tanneberger, zugleich künftiger BFB-Spitzenkandidat in Sachsen, gezwungen, Interessenten dadurch zu ködern, daß er anbot, den Aufnahmebeitrag und die Mitgliedsbeiträge der Neulinge für 1998 zu übernehmen. Auch die anderen Vereinbarungen zur Kooperation entpuppen sich schnell als Sturm im Wasserglas: die DMP mußte bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ebenso ein Ergebnis im Null-Komma-Bereich hinnehmen wie die verbündete „Deutsche Partei“ am 1. März in Niedersachsen.

Der größte Teil des Mitgliederzuwachses kommt noch immer vom rechten Rand der Unionsparteien und aus der FDP. Dort entpuppen sich jedoch zum Leidwesen von Brunner und Co. die Abwan-

derungstendenzen als nicht so umfangreich wie erhofft. Soll tatsächlich der Schritt zur Mitgliederpartei von zumindest vergleichbarer Stärke mit den „Republikanern“ gelingen, dann müssen zusätzliche Personengruppen angesprochen und gewonnen werden. Dies erweist sich zunehmend als schwieriger Spagat. Während einerseits Union und FDP als Parteien des „Zeitgeistes“ und „versozialdemokratisiert“ (so Heiner Kappel) denunziert werden, hat man andererseits panische Angst vor einer gesellschaftlichen Stigmatisierung durch offenkundige Kontakte zur extremen Rechten. So soll es, wie Franz Schönhuber genüßlich ausplauderte, zwar zu einem Treffen zwischen Manfred Brunner und REP-Parteivorstandsmitglied Gerolf Tittel gekommen sein, doch vorsichtshalber nur an einer unbeleuchteten Autobahnraststätte.

■ „Gebetsteppich unter den Arm und Auf Wiedersehen“ ■

Daß die Linie der Abgrenzung nicht konsequent durchgehalten wird, zeigen auch die jüngsten Vorstandswahlen. Mit dem Hamburger Landesvorsitzenden Kristof Berking und dem Berliner Thorsten Witt wurden zwei langjährige Mitarbeiter der rechtsextremen „Jungen Freiheit“ in das Gremium berufen. Ehemalige Spitzenfunktionäre der „Republikaner“ als Bundestagskandidaten des BFB vervollständigen das Bild. Von Kappels Ankündigung, daß man Übertritte von der extremen Rechten von Anfang an verhindern werde, ist nur wenig geblieben. Deutlichstes Zeichen für diese mangelhafte Abgrenzung ist der stellvertretende Parteivorsitzende Paul Latussek, der wegen seiner umfangreichen Kontakte zum Rechtsextremismus sogar im Bund der Vertriebenen, dessen Vizepräsident er bis Anfang Mai war, unter Dauerbeschuß stand.

Regionaler Schwerpunkt des Mitgliederzuwachses ist eindeutig Hessen, wo dem Generalsekretär Heiner Kappel ein fast flächendeckender Aufbau von Kreisverbänden und eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit gelungen ist. In Hessen wird auch besonders deutlich, daß die rechtsextremen Tendenzen in der Partei nicht immer durch Überläufer von der rechten Konkurrenz transportiert werden müssen. Als eine Art Rambo hat sich dabei besonders der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Hofsommer hervorgetan. Das wichtigste Feindbild des Schulleiters ist die multikulturelle Gesellschaft. So erklärte er Ende Mai bei einer Veranstaltung im nordhessischen Bebra: „Wer unseren

Kulturkreis stören will, wie islamische Fundamentalisten dies planen, dem muß gesagt werden - Gebetsteppich unter den Arm und auf Wiedersehen!“ Der Chef des hessischen Verfassungsschutzes Hartmut Ferse kommentierte solche Parolen mit der Aussage, daß eine mögliche Strafbarkeit jeweils genau geprüft werden müsse.

Auf Beifall bei der extremen Rechten dürfte auch die Forderung des BFB-Funktionärs Helmut Hiechert nach einem Polizeiposten in jedem Dorf stoßen. Die Frage nach der Finanzierbarkeit solcher Law-and-order-Politik war einfach abgetan: „Dafür haben wir unsere Experten.“

■ „Versozialdemokratisierte Parteien des Zeitgeistes“ ■

Allerdings ist es dem BFB in Hessen auch gelungen, an einigen Orten FDP und CDU in Verlegenheit zu bringen, da man durch die Übertritte in etlichen Kommunalparlamenten vertreten ist. So ist im osthessischen Ludwigsau der langjährige FDP-Kreisvorsitzende Peter Fricke nunmehr Mitglied des BFB. Mit seinen ehemaligen Parteifreunden bildet er im Gemeinderat eine Fraktionsgemeinschaft. Für den jetzigen FDP-Kreisvorsitzenden Müsse kein Problem: Das sei ein guter Mann, der zurückfinden werde. Die BFB-Anhänger sind für ihn schlicht naiv, sein ehemaliger Parteifreund Kappel habe gar kein Programm, sondern sei ausschließlich geltungssüchtig.

Kappel hatte es immerhin geschafft, mit über 17 Prozent der Stimmen in seinem Heimatort Bad Soden bei den Kommunalwahlen 1997 das beste Ergebnis der FDP in Hessen einzufahren. Die dortigen Mandatsträger sind inzwischen im BFB beheimatet, Vorsitzende ist Kappel-Tochter Julia, die inzwischen ebenfalls in den Parteivorstand aufgestiegen ist. 17 Prozent sind eine kommunale Macht. Dem mochte die örtliche CDU jetzt nicht mehr widerstehen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wurde eine Zusammenarbeit vereinbart. Auf öffentliche Kritik rechtfertigte sich der lokale CDU-Chef, Kommunalpolitik sei ja eigentlich gar keine Politik. „Da geht es ja nur um Kanaldeckel.“ Die Zukunft muß erweisen, ob man sich hier nicht auf ein gefährliches Gleis begeben hat. Wie der BFB seinen Anhängern allerdings klarmachen will, warum er mit einer dem „Zeitgeist verfallenen und abgewirtschafteten“ Partei zusammenarbeitet, dürfte ebenso spannend werden.

Jean Cremet

Aus der Szene

Lektüre für Fußball-Fans

Zahlreiche Fanzines, die in der neonazistischen Skinheadszenen eine wichtige Kommunikationsfunktion erfüllen, sind gezielt auch an gewaltbereite Fußballfans gerichtet.

Seit den blutigen Ausschreitungen deutscher Hooligans bei der Fußballweltmeisterschaft in Frankreich wird in den Medien eine mögliche Verzahnung von Rechtsextremisten und gewaltbereiten Fußballfans thematisiert. Daß von neonazistischer Seite aus versucht wird, bei Hooligans zu werben, läßt sich schon seit längerem beobachten.

Bereits in den 80er Jahren hatte der 1991 verstorbene Neonazi-Führer Michael Kühnen die Parole an seine Kameraden ausgegeben, Nachwuchs auf den Fußballfeldern zu rekrutieren. Jugendliche, so Kühnen, müßten mit Freibier und Grillfeten geködert werden, um sie dann durch politische Schulungen für die „nationale Sache“ vereinnahmen zu können.

Zu der jüngsten Randalen in Frankreich hatte neben anderen auch die neonazistisch geprägte Skinheadgruppe „Siegener Bärensturm“ aufgerufen. Das von ihr herausgegebene, im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht 1997 aufgeführte, Fanzine „Siegener Bärenruf“ ist online im Internet abrufbar. Eng liiert ist der „Siegener Bärensturm“ mit der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), eine der bekanntesten Neonazi-Gruppierungen in der Bundesrepublik, über deren Treiben regelmäßig berichtet wird.

Die gewaltbereite Hooligan-Szene will auch das Neonazi-Blatt „Hamburger Sturm“ (vorher: Bramfelder Sturm“) ansprechen. Die Macher des Heftes gehören der „Patriotischen Jugend“ aus Henstedt-Ulzburg an. Diese dient ehemaligen Anhängern und Mitgliedern der verbotenen „Nationalen Liste“ unter den Führungskadern Christian Worch und Thomas Wulff als neuer organisatorischer Zusammenschluß. „Gute Kontakte“, so der Hamburger Verfassungsschutz, unterhält die „Patriotische Jugend“ zu „HSV-Fans aus der Hooligan-Szene“. In der Rubrik „Neues von der Fußballfront“ ist in einer Ausgabe des „Hamburger Sturms“ zu lesen:

„HSV - FC St. Pauli - ein Lokalderby mit politischem Charakter. Auf der einen Seite die überwiegend schmutzigen Zecken und Hafenstraßenanarchos und auf der anderen - natürlich Ha-Es-Vau - die überwiegend patriotisch bis nationalistisch gesinnten Fans & Skinheads. Haß und Gewalt bleiben da zwangsläufig nicht aus, in den letzten Jahren gab es zahlreiche kleinere und größere Massenschlägereien und auch Straßenschlachten mit militanten Linksautonomen fehlten dabei nicht.“ Einer der Autoren des „Hamburger Sturms“ ist Thorsten de Vries, einst Führer des verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes Wilhelmshaven“ (DKB), der in dem Blatt beklagt, daß beim HSV zu viele Ausländer spielen würden. Vries, enger Gefolgsmann von Christian Worch, ist Chef eines „Tonträgervertriebes“ mit dem Namen „Streitrebel“ in Hamburg.

■ „Zu viele Ausländer beim HSV“ ■

Andere Fanzines, der sich sowohl an Hooligans als auch an neonazistische Skinheads wenden, sind u.a. die „Doitsche Offensive“, „Der Feldzug“, „Tabula Rasa“ und „Moonstomp“. Hervorzuheben ist insbesondere das Fanzine „United Skins“, in dem regelmäßig Leserbriefe mit dem internationalen Neonazi-Szene-Code 14/88 gekennzeichnet werden. Neben Spiel- und Konzertberichten findet sich in einer Ausgabe des Blättchens auch der Hinweis auf einen Videofilm über die deutsche Mannschaft bei der Weltmeisterschaft 1990 in Italien („Die Geschichte eines Triumphes. Vom mitreißenden Beginn bis zum glorreichen Finale.“) Vertrieben wird der Videofilm durch Holger Stenzel von der Neonazi-Kleinstgruppierung „Deutscher Jugend Bund“ (DJB).

Gegründet wurde „United Skins“, in dem auch zur Solidarität mit dem Polizistenmörder Kay Diesner aufgerufen wird, von dem Neonazi Carsten Szczepanski, der derzeit in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg einsitzt. Das Landgericht Frankfurt/Oder verurteilte Szczepanski im Februar 1995 wegen Beihilfe zum versuchten Mord an einem Nigerianer in der brandenburgischen Ortschaft Wendisch-Rietz im Mai 1992 zu acht Jahren Haft.

Unter den Anhängern des SV Waldhof Mannheim kursiert das neonazistische Fanzine „Südwestwind“, das von Ronnie Reimer verantwortet wird. Inmitten gewaltverherrlichender Artikel über Hooligan-Schlachten, einem halbseitigen Werbehinweis für die „Jungen Nationaldemokraten“, der Dokumen-

tation der „Gefangenenliste“ der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG) findet sich ein Interview mit Christian Hehl. Der 28jährige Hehl, Mitglied der der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“, zuvor bei den zwischenzeitlich verbotenen Organisationen „Nationalistische Front“ (NF) und „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) aktiv, zählt zu den prominenten neonazistischen Skinheads in der Bundesrepublik. Zeitweilig soll Hehl, der wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft ist, dem Ordnungsdienst des Fußballvereins SV Waldhof Mannheim (für Hehl der „Kultclub im Südwesten“) angehört haben. Von Oktober 1997 an bis zum Entzug seiner Konzession durch die Stadt Anfang Mai betrieb Hehl in Ludwigshafen den rechts-extremen Szeneladen „Hehl's World“. Dort wurden u.a. Tonträger mit Hitler-Reden und Musik von Skinbands angeboten.

Bekannt als Fußballfan und militanter Neonazi ist der 45jährige Siegfried Borchardt, sceneintern „SS-Siggi“ genannt. Borchardt war Mitte der 80er Jahre Anführer des neonazistischen Fußball-Fanclubs „Borussenfront“ (Borussia Dortmund) und zugleich FAP-Landesvorsitzender. Die „Borussenfront“ - „Sieg Heil“ lautete ihre Parole - hatte im August 1993 gemeinsam mit anderen Schlägern türkische Mitbürger, darunter Frauen und Kinder, in einem Dortmund Park vor sich hergetrieben, einen Mann niedergeschlagen und auf ihn eingetreten. Der Staatsanwaltschaft Dortmund waren Borchardts Aktivitäten eine Zeitlang gar eine Sonderkommission wert. Sein Strafregister ist beachtlich: Betrug, Urkundenfälschung, Trunkenheit im Verkehr, mehrfache Körperverletzung, Volksverhetzung, Beleidigung, Hausfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Drohung, schwere Körperverletzung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Aktiv war der Neonazi-Kader Borchardt in jüngster Vergangenheit bei der Vorbereitung des „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“.

In der einschlägigen Skinhead- und Hooligan-Szene hat sich ebenso Dieter Riefling („Miesling“), früher Kreisvorsitzender der FAP in Recklinghausen und Kopf der „Ruhrfront“ einen Namen gemacht. In seinem - zwischenzeitlich eingestellten - Blatt „Der Aktivist. Trotz Verbot nicht Tot!!!“, das sich auf dem Index für jugendgefährdende Schriften findet, veröffentlichten auch Hools aus benachbarten Ländern ihre Kampferlebnisse; darunter die „Anal Terror Hooligans“ vom F.C. Basel aus der Schweiz.

Anton Maerle

Hintergrund

Der Nährboden ist da

Wahlforscher entdeckten bei 13 Prozent der deutschen Wähler ein rechtsextremes Weltbild - Chancen für REP, DVU und NPD bei der Bundestagswahl?

Werden dem nächsten deutschen Bundestag auch Abgeordnete rechtsextremer Parteien angehören? „Das läßt sich jedenfalls nicht mehr ausschließen“, erklärte der Berliner Wahlforscher Professor Oskar Niedermayer, als er vor wenigen Tagen in der Hauptstadt die Ergebnisse einer umfangreichen Studie über „Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien“ vorlegte. Niedermayer, der zusammen mit seinem Fachkollegen Richard Stöss rund 3.200 Wahlberechtigte interviewen ließ, entdeckte bei 13 Prozent der Befragten ein von Autoritätshörigkeit und Fremdenfeindlichkeit geprägtes rechtsextremes Weltbild. Damit nicht genug: Die Befragung ergab weiter, daß nahezu ein Drittel der Wahlberechtigten im Westen sowie mehr als die Hälfte der Ostdeutschen als „systemverdrossen“ zu bezeichnen sind - die Betroffenen halten nichts mehr von den verfassungsmäßigen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats. Aus beiden Einstellungen ist ein brisantes Gemisch aus rechter Gesinnung, Wut und Frustration entstanden, das Parteien wie den „Republikanern“, der DVU oder der NPD durchaus den Einzug in den Bundestag ermöglichen könnte. „Der Nährboden ist jedenfalls da“, warnte Niedermayer.

Bei der Umfrage, die unmittelbar nach dem DVU-Erfolg in Sachsen-Anhalt in Angriff genommen worden war, entdeckten die Wahlforscher eine drastische Zunahme rechtsextremer Einstellungen vor allem in den neuen Bundesländern. Während sich im Westen der Republik durchschnittlich zwölf Prozent der Befragten zu rechtsextremen Positionen bekennen, sind es im Osten 17 Prozent. Das Gefälle zeigt sich bei einem Vergleich der einzelnen Bundesländer: So liegt das rechtsextreme Potential im Saarland bei vier, in Bremen bei fünf, in Nordrhein-Westfalen bei 11, in Baden-Württemberg bei 13 und in Niedersachsen und Bayern jeweils bei 15 Prozent. Im Osten steigt es von 16 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern auf 18 Prozent in Sachsen bis auf 19 Prozent in Brandenburg an. In den neuen Bundesländern bekannten sich die

Befragten vor allem zur Fremdenfeindlichkeit: Auf die Feststellung, daß „die Ausländer“ den Sozialstaat ausnutzen, reagierten 39 Prozent der Befragten positiv. Im Westen waren es dagegen nur 23 Prozent. Die Forderung, daß „Ausländer Deutschland so schnell wie möglich verlassen sollten“, teilten im Westen 14 und im Osten 20 Prozent.

Das Meinungsbild entstand aus Dutzenden von vorformulierten Statements, zu denen die Befragten auf einer von 1 bis 7 reichenden Skala jeweils ihre Zustimmung oder Ablehnung äußern konnten. Bei der Auswertung entdeckten die Forscher, daß Frauen nicht weniger rechtsextrem eingestellt sind als Männer und daß rechtsextreme Einstellungen mit wachsendem Alter zunehmen. Verblüffend ist auch, daß rechtsextreme Positionen nicht mehr wie früher fast ausschließlich von Angehörigen der Mittelschicht vertreten werden, sondern vor allem von Arbeitern (24 Prozent) und Arbeitslosen (22 Prozent). Allerdings wählen noch lange nicht alle Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild auch rechtsextreme Parteien. Im Gegenteil: Sie entscheiden sich überwiegend für die SPD (30 Prozent) und die CDU (22 Prozent); nur sechs Prozent gaben sich bei der Befragung als Anhänger von REP, DVU oder NPD zu erkennen. Ohnehin besteht nur ein gutes Drittel der Wähler dieser Parteien aus strammen Rechten, der große Rest setzt sich nach Ansicht der beiden Wahlforscher aus Protestwählern und anderen Unzufriedenen zusammen.

Bei den Bundestagswahlen wollen sowohl DVU als auch NPD und REP antreten. „Und damit werden sich die Stimmen weiter splitten, ein Wahlerfolg der Rechten ist bei dieser Konstellation nicht sehr wahrscheinlich“, hofft Richard Stöss. Anders sähe es aus, wenn die extremen Rechten ihre Kräfte bündeln und sich auf eine Partei konzentrierten. Besonders in den neuen Ländern könnte den Rechtsextremen der Durchbruch gelingen, denn dort liegt ihr Wählerpotential bei den 18- bis 24jährigen inzwischen bei 22 Prozent, während es sich im Westen bei elf Prozent eingependelt hat. Ähnlich sieht es bei den Selbständigen aus, die im Osten mit 16 Prozent und im Westen mit zehn Prozent dem rechtsextremen Wählerpotential zuzurechnen sind. Nur beim Thema Antisemitismus ist Deutschland inzwischen wiedervereint. Auf die Feststellung, daß die „Juden etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben und nicht zu uns passen“, reagierten im Osten fünf und im Westen sechs Prozent der Befragten mit Zustimmung.

Sebastian Bähr

Aktivitäten

Schlechte Sozialprognose

Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert ist gerichtsnotorisch bekannt. Auch mit seiner Partei liegt er wegen finanzieller Streitigkeiten im Clinch.

In der aktuellen Ausgabe der „Deutschen Stimme“, dem Parteiorgan der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), findet sich eine Erklärung des NPD-Parteivorstandes zu den anhaltenden und intensiven Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen NPD-Chef Deckert (58). „Der frühere NPD-Vorsitzende Günter Deckert setzt weiter auf Konfrontation gegenüber der eigenen Partei, bestreitet nun den juristischen Weg und führt Klagen gegen die NPD“. Dem Lamento über Deckert folgt dann eine Chronologie der Ereignisse seit der Suspendierung Deckerts vom Parteivorsitz im Jahr 1995.

Zunächst versuchte Deckert erfolglos durch alle rechtlichen Instanzen gegen seine Amtsenthebung zu klagen. Danach beantragte er beim zuständigen Landgericht eine einstweilige Verfügung, die den NPD-Vorstand zwingen sollte, ihm die Sitzungsprotokolle des NPD-Präsidiums, des Parteivorstandes, der Landesvorstände und des JN-Bundesvorstandes zugänglich zu machen. Bei Zuwiderhandlung solle, so der Wunsch Deckerts, ein Ordnungsgeld in Höhe von 500.000 Mark verhängt werden, ersatzweise bis zu zwei Jahre Haft. Deckert ist seit November 1995 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal inhaftiert, wo er eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt; demgemäß sind seine Forderungen nach Ansicht des NPD-Vorstandes „ein Irrwitz, wenn man bedenkt, daß Deckert damit internste Vorgänge der Partei dem System praktisch frei Haus ausliefern möchte.“ Dem Entsetzen des Parteivorstandes liegt die Annahme zugrunde, daß die aufgezählten Unterlagen nicht schon über andere Kanäle an staatliche Stellen gelangt sind.

Auch die Kosten der Verfahren gegen die NPD muß Deckert selbst tragen, was für die NPD-Führungsspitze die Frage aufwirft, „ob etwa die als Reaktion auf die andauernden penetranten Spendenaufrufe zugunsten der Privatperson Deckert eingehenden Gelder auf diesem Wege gegen die NPD zweckentfremdet werden“. In dem „destruktiven Pam-

phlet“, so der NPD-Vorstand, „DeckertStimme“, bzw. zuvor in der „Deckert-Depesche“, ruft Deckert zu Spenden zugunsten seiner Person auf. Aus diesem Grund sammelt das offiziell auf dem NPD-Bundesparteitag in Bad Dürkheim im Januar 1996 gegründete „Hilfswerk für politische Gefangene“ keine Spenden mehr für Deckert. Dieser war zumindest bis November 1996 einer der Hauptnutznießer („Das Gebot der Stunde ist: Nationale Solidarität mit Günter Deckert und allen gefangenen Kameraden“) des „Hilfswerks“, ehe das Finanzgebaren Deckerts dann zu juristischen und innerparteilichen Auseinandersetzungen führte (vgl. BNR 20/97).

■ „Penetrante Spendenaufrufe“ ■

Dem wegen Volksverhetzung u.a. verurteilten Deckert stehen noch eine Reihe weiterer Gerichtsverfahren ins Haus. Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof hat vor wenigen Tagen Deckerts Anfechtung der Oberbürgermeisterwahl in Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis) zurückgewiesen. Der suspendierte Oberstudienrat war bei der Wahl vom 9. November vergangenen Jahres nicht zugelassen worden, da er aufgrund einer vorsätzlichen Tat zu einer Haftstrafe verurteilt ist. Vom Verwaltungsgericht Karlsruhe wurde der Ausschluß Deckerts von der Wahl im April bestätigt. Ebenfalls im April erhob die Karlsruher Staatsanwaltschaft Anklage gegen Deckert wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Anlaß hierfür ist ein Brief, den Deckert im vergangenen Sommer an einen jüdischen Überlebenden der Konzentrationslager Auschwitz, Dachau und Theresienstadt geschrieben und dabei beleidigende und verächtliche Fragen gestellt hat.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe bildete am 13. März 1998 aus zwei gegen Deckert verhängte Strafen von 25 bzw. 27 Monaten eine Gesamtstrafe von vier Jahren und vier Monaten. Diese Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, da Deckert Rechtsmittel eingelegt hat.

Im November dieses Jahres stehen drei weitere Verfahren, deren erstinstanzliche Urteile teilweise bis zum März 1995 zurückreichen, zur Berufungsverhandlung am Mannheimer Landgericht an. Es wurden hierfür acht Verhandlungstage ab dem 4. November terminiert. Eine Haftentlassung Deckerts vor diesem Termin ist bei dessen schlechter Sozialprognose eher unwahrscheinlich.

Eva Bernhard

Verfassungsschutz

Aktive Neonazis

Nicht DVU, NPD und „Republikaner“ prägen das Bild des Rechtsextremismus in Niedersachsen, sondern in der Hauptsache neonazistische Kameradschaften mit großem Skinhead-Anteil. Personell kann man dabei beobachten, daß die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der NPD, ideologisch und strategisch kräftig mitmischen. Die Zahl der rechtsextremen Straftaten im vergangenen Jahr ist laut aktuellem Landesverfassungsschutzbericht um 34,32 Prozent auf registrierte 998 Vergehen gestiegen. Dabei handelt es sich überwiegend um Propagandadelikte.

Gleich mehrere Seiten widmet der Verfassungsschutzbericht 1997 den Aktivitäten um Hetendorf und den dortigen Betreibern der Vereins Heide-Heim e.V. (Hamburg) bzw. Heideheim e.V. (Buchholz). Jahrelang diente das dortige Lager als Aufmarschgebiet und Rekrutierungs- wie Schulungszentrum für Altnazis und junge Neonazis. Führende Kräfte der rechtsextremistischen Szene verkehrten dort - zuletzt sogar juristisch abgesichert und durch die Polizei geschützt. Das alles gehört seit der Verbotsverfügung der oben genannten Vereine vom 12. Februar 1998 der Vergangenheit an, doch offenbar hat die „braune Bewegung“ sich bereits an anderer Stelle wieder Versammlungsorte ausgesucht.

15 neonazistische Gruppierungen haben sich inzwischen flächendeckend vom Harz bis nach Ostfriesland breitgemacht. Die Zahl ihrer Anhänger wird von Verfassungsschützern auf 600 geschätzt. Eine führende Rolle fällt dabei Thorsten Heise, einst FAP-Landesvorsitzender, aus Northeim zu, der auch bundesweit Aktivitäten entwickelt. So wie er versucht, auf dem Neonazi-Tonträgermarkt mitzumischen, bestreitet Jens Hessler bereits seinen Lebensunterhalt damit. Er gilt in ganz Deutschland als Drahtzieher auf diesem Gebiet. Ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen ihn ist gerade anhängig. Von bundesweit bekannt gewordenen oder geplanten Skinkonzerten 1997 fanden auch sechs in Niedersachsen statt. In einem Fall wurde angeführt, daß die Einnahmen der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) zugute kommen sollten. Herausgestellt im jüngsten Bericht der Verfassungsschützer wird auch die Rückkehr von

Manfred Börm in die Neonazi-Szene. Der ehemalige Funktionär der verbotenen „Wiking-Jugend“, wegen rechtsterroristischer Aktivitäten bereits verurteilt, war Kopf einer nicht angemeldeten Demonstration am 1. Mai 1997 in Burgdorf.

Der bundesweit verschickte „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung - Der Völkermord am Deutschen Volk“ wurde von 65 Unterzeichnern unterstützt, darunter befanden sich 22 Rechtsextremisten aus Niedersachsen, unter anderen der Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) Rigolf Henning. Eine weitere Kristallisationsfigur ist der Wolfsburger Georg-Albert Bosse, Vorsitzender der „Deutschen Freiheitsbewegung“ (DDF). Die 1983 gegründete Organisation wurde vom inzwischen verschiedenen ehemaligen Wehrmachtsgeneral Otto Ernst Remer ins Leben gerufen. Sie verherrlicht das NS-Regime und hält am Bestand des Deutschen Reiches fest. Das zweimonatlich erscheinende Organ der Gruppierung heißt „Recht und Wahrheit“. Darin wird revisionistisches und antisemitisches Gedankengut verbreitet.

Ebenfalls mit überregionaler Ausrichtung agiert „Der Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten“ aus Jork. Vorsitzender ist Günter Drückhammer, Bundesjugendführer sein Sohn Kai-Uwe. „Jüngstes Kind“ des Vereins ist ein „Landesverband Fländern“.

Die drei etablierten rechtsextremen Wahlparteien sind in Niedersachsen ohne größere Bedeutung. Die DVU lud 1997 lediglich zu zwei Zusammenkünften ein. Eine davon war der Landesparteitag. Sie trat zu den Landtagswahlen am 1. März 1998 ebenso wenig an wie die NPD, die nur einen schwachen Organisationsgrad in Niedersachsen aufweist. Bei den „Republikanern“ sorgten interne Streitigkeiten um Geld, Posten und Einfluß dafür, daß die Mitgliederzahl in der Partei zurückging. Es gab zahlreiche Austritte. Bei den jüngsten Landtagswahlen erreichten die REP 2,8 Prozent der Stimmen (1994: 3,7 Prozent). Immerhin votierten noch 118.730 Wähler/innen des Bundeslandes für die Schlierer-Partei.

Als neue Formation tritt das „Bündnis für Deutschland“ in Erscheinung. Dahinter steckt eine Initiative des „Bundes für Gesamtdeutschland“. Im August des Vorjahres wurde ein Landesverband Niedersachsen ins Leben gerufen. Auch die DLVH hat hier ihre Finger mit im Spiel.

B. Ohne

Hintergrund**Durch Gleichsetzung
keine Entlastung**

Der Herausgeber des „Schwarzbuchs“, Stéphane Courtois, hat mit seinen umstrittenen Thesen einen gewaltigen publizistischen Wirbel ausgelöst. Die Diskussion darüber hat sich an dem Buch vorbei längst selbstständig (s. dazu auch BNR 13/98).

Am 27.5. erscheint das „Schwarzbuch des Kommunismus“, das „wichtigste politische Buch des Jahres“ (BILD, 25.5.; ebenda neun(!) weitere Beiträge bis zum 5.6.) in deutscher Übersetzung und in einer Erstauflage von 100.000 Exemplaren; die spanische Ausgabe erscheint zur selben Zeit. In Frankreich waren bis zu diesem Zeitpunkt 160.000 Exemplare verkauft, in Italien 170.000; Übersetzungen sind darüber hinaus in weiteren 23 Ländern geplant, zum Teil mit eigens dafür geschriebenen Kapiteln (Woche, 29.5.). Auch jetzt, mehr als ein halbes Jahr nach der ersten Berichterstattung, stehen die Thesen des Vorworts, die oberflächlichen Analogien und die Worthülsen von der Reinheit der Rasse und der Reinheit der Klasse, von Rassentotalitarismus und Klassentotalitarismus, im Mittelpunkt; der Inhalt des Buches, das jetzt immerhin 987 Seiten umfaßt, spielt nur eine mindere Rolle.

Frank Ebbinghaus klagt am Erscheinungstag „namhafte“, aber nicht genannte Historiker in Deutschland an, die, so sein nicht ganz geglücktes Bild, immer „noch den Sozialismus als ein aus dem Ruder gelaufenes Kind der Aufklärung“ beschwören (Welt, 27.5.); die politische Nutzenanwendung, die „Herausforderung des ‘Schwarzbuchs’ im deutschen Wahljahr 1998“, ist für ihn indes ganz eindeutig; er knüpft das Band zwischen Lenin und Höppner: „Wer wie Courtois auf der Grundlage von Demokratie und Menschenwürde über den Kommunismus urteilt, hat keine Argumente für wahltaktisches Geplänkel mit den SED-Nachfolgern“. Plumper geht's nicht mehr. Wohltuend unterscheidet sich dagegen die differenzierende Argumentation von Joachim Gauck in dem „ost-westlichen Gespräch“ mit Stéphane Courtois (Woche, 29.5.), von dessen griffigen Thesen er sich, zurückhaltend, doch unmißverständlich formulierend, im

Grunde in allen wesentlichen Punkten distanziert. Sehr lesenswert ist auch Gaucks Gespräch mit Stephan Hebel und Ullrich Fichtner (FR, 19.6.), ebenso das nachdenkliche Interview mit Volkhard Knigge, dem Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, im Sonntagsblatt (19.6.)

Heinrich Maetzke geht, ebenso wie der sich im übrigen sehr reserviert äußernde Osteuropahistoriker Manfred Hildermeier (ZEIT, 4.6.), der gerade eine „Geschichte der Sowjetunion 1917-1991“ veröffentlicht hat, und wie Werner Birkenmaier (Stuttgarter Zeitung, 9.6.), immerhin noch auf den Inhalt des Bandes ein. Doch auch Maetzke sieht im Schwarzbuch gewissermaßen die späte Widerlegung der Ideen von 1986; er erinnert an die „Kampagne“ gegen Nolte und Hillgruber und macht die Schuldigen aus: „Nolte wurde von Fanatikern tätlich angegriffen, Hillgruber öffentlich als ‘konstitutioneller Nazi’ beschimpft. Habermas und Wehler haben seither nie etwas zurückgenommen“ (FAZ, 2.6.).

■ **Geschichtspolitik durch Relativierung** ■

Eine besonders subtile Form der Gleichsetzung gelingt der FAZ am 19.6., als sie die Rede abdruckt, die Heinrich August Winkler auf einer Podiumsdiskussion über das Schwarzbuch in der Berliner „Urania“ nicht halten konnte, weil sie im „Lärm von Trillerpfeifen und unentwegten Zwischenrufen...fast untergegangen“ wäre (FAZ, 20.6.) und mit dem Untertitel „Eine Rede, die geschrieben, aber fast nicht gehalten werden konnte“ versieht, sie damit also in Beziehung setzt zu Noltens nicht gehaltener Rede bei den Römerberg-Gesprächen, die - bis auf das „fast“ mit dem gleichen Untertitel - in der FAZ am 6.6.1986 erschienen war und den Historikerstreit ausgelöst hatte. Die Genugtuung in dem kommentierenden und mit „F.A.Z.“ gezeichneten redaktionellen Vorspann ist dabei nicht zu überlesen: „Vor zwölf Jahren in der Debatte um Ernst Nolte hatte Winkler den Sinn eines Vergleichs zwischen den Verbrechen Stalins und Hitlers mit dem Argument bestritten, Deutschland als Land des Westens sei an westlichen Werten zu messen. Den Verteidigern Noltens hatte Winkler vorgeworfen, sie betrieben einen Ausverkauf westlicher Werte. Heute, da er diese Werte durch die PDS und ihre intellektuellen Sympathisanten bedroht sind (sic), fordert Winkler den Diktaturenvergleich entschieden. Er sieht sich nun selbst mit der Anklage der Relativierung konfrontiert, unter

die Nolte gestellt wurde.“ Hat sich Winkler jetzt also zu Nolte bekehrt? Nichts, liest man noch einmal seinen damaligen (FR, 14.11.86) und seinen jetzt von der FAZ abgedruckten Beitrag im Zusammenhang, rechtfertigt diesen von der Redaktion doch nahegelegten Eindruck: „Wer Stalin und Pol Pot heranzieht, um Hitler zu ‘relativieren’, der betreibt keine Geschichtswissenschaft, sondern Geschichtspolitik“, so Winkler damals. „Es gibt kein Staatsverbrechen, das die historische Bedeutung des Holocaust auch nur im geringsten mindern könnte...Was immer wir aus dem ‘Schwarzbuch’ oder auf andere Weise über kommunistische Verbrechen in anderen Teilen der Welt erfahren: Den Deutschen erwächst daraus keine Entlastung“ - so Winkler heute.

Stéphane Courtois hat mit seinen windigen Thesen zwar einen gewaltigen publizistischen Wirbel und eine Diskussion ausgelöst, die sich längst selbstständig hat und es vielen Kommentatoren ermöglicht, ihr Steckenpferd zu reiten; dem Buch, als dessen Herausgeber er zeichnet, hat er jedoch damit einen Bärendienst erwiesen. Und sein Auftreten wie seine Beiträge auf den Podiumsdiskussionen, die er zur Zeit bestreitet, waren bisher auch nicht dazu geeignet, diesen Eindruck zu entkräften.

Theo Meier-Ewert

Personen

Im Alter von 84 Jahren ist der sozialdemokratische Widerstandskämpfer Georg Bach im bayerischen Weißenburg verstorben. Bach war langjähriger Vorsitzender sowie bayerischer Landesvorsitzender und Geschäftsführer des „Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen“ (ZDWV). Vor 1933 gehörte er der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ) und der SPD in Nürnberg an und leistete nach der Machtübernahme der Nazis illegale Arbeit. 1936 wurde er inhaftiert und anschließend ins KZ Dachau gebracht. Danach mußte er zwei Jahre Strafgefängnis verbüßen. Nach der Befreiung betätigte sich Bach federführend beim Aufbau der Gewerkschaften und der SPD in Weißenburg. Über den Bayerischen Landtag wurde Bach später bestelltes Mitglied für den Beirat für Wiedergutmachung und gehörte dem Beirat der Stiftung „Jugendgästehaus Dachau“ an. Georg Bach hat sich, wie Annemarie Renger, Vorsitzende des ZDWV formulierte, „für Freiheit und Demokratie bis zu seinem Tode als Lebensaufgabe aktiv eingesetzt.“

A. M.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 13.Jg.,Nr.27 u. 28/98:
Das Abhandengekommensein des „nationalen Ethos“ konstatiert JF-Chefredakteur Dieter Stein und daher passierten Dinge wie die Hooligan-Schlägereien bei der Fußball-WM oder die im Ausland negativ auffallenden „häßlichen Deutschen“. Auf diejenigen, die aus „Stolz auf Deutschland“ Gewalttätigkeiten begingen, gelte es jedoch, zuzugehen, wenn man die „Nation ernst nimmt“ (27/98). Der parteipolitisch organisierten Rechten in Deutschland und dem Schielen nach parlamentarischen Erfolgen erteilt Werner Olles eine Absage, die deutsche Rechte müsse erst ihr Politikverständnis im eigentlichen Sinne entwickeln. In einer Besprechung der „Staatsbriefe“ läßt der Rezensent keinerlei Abgrenzung von den verfassungsfeindlich anmutenden Thesen Hans-Dietrich Sanders erkennen (27/98). Karlheinz Weißmann geißelt in seinem Essay das Unvermögen der von Zeitgeist und veröffentlichter Meinung unterjochten Gesellschaft, die eigene Identität zu klären, was den einzelnen Bürger dann überfordere (26/98). Ähnlich auch der Tenor im Leitartikel der nächsten Ausgabe; Dieter Stein argwohnt die „Preisgabe nationaler Identität“ und warnt, daß ein Staat dem die Idee der Nation abhandengekommen sei seine Bürger nicht mehr integrieren könne (27/98). Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler bewertet den Besuch von US-Präsident Clinton in China - nicht ohne auf US-amerikanische Verfehlungen in vergangen und diesem Jahrhundert hinzuweisen und der Anmerkung, daß demokratische Belehrungen auch unangebracht sein könnten. Ein Forum wird dem, so wie er selbst beklagt, geschichtswissenschaftlich stigmatisierten Professor Ernst Nolte geboten, der im JF-Gespräch über das „Schwarzbuch des Kommunismus“ seine These von der Vergleichbarkeit und den Zusammenhang von Bolschewismus und Nationalsozialismus bekräftigt. Nolte kündigt gleichzeitig sein - nunmehr letztes - Buch an, in dem er das 20.Jahrhundert in den Kontext der Weltgeschichte stellen will. In einer Großanzeige, die auch schon in der FAZ veröffentlicht war, macht CDU-Rechtsaußen Lummer gemeinsame Sache mit dem Rechtsextremisten Joachim Siegerist (27/98). Den JF-Fragebogen beantwortet Stefan „Björn“ Ulbrich, Gründer des Arun-Verlages, der auf neurechte und neuheidnische Literatur spezialisiert ist. (gn)

Demokratische Initiativen

Das Ende der Sprachlosigkeit

In Düsseldorf findet vom 14.- 16. August ein Symposium statt, das sich mit der Situation und Befindlichkeit der Kinder von Holocaust-Opfern auseinandersetzt.

Im April 1993 landete eine kleine Gruppe von neun erwachsenen Deutschen auf dem Ben Gurion-Flughafen in Tel Aviv. Visa brauchten sie nicht, weil sie nach 1928 geboren worden waren. Das galt auch für einen Mann namens Martin Bormann jun., Jahrgang 1930. Die Gruppe verschwand eilig in einem kleinen Bus, der in den Süden des Landes fuhr. Dort wurden die deutschen Gäste bereits erwartet - von neun etwa gleichaltrigen Israelis. Es war das erste Treffen der Kinder deutscher NS-Verbrecher mit Kindern von Holocaust-Überlebenden in Israel. Die Idee zu der Begegnung hatte der israelische Soziologe Dr. Dan Bar-On von der Universität Beersheba. Man wollte gemeinsam versuchen, ins Gespräch zu kommen, Traumata zu überwinden. Denn dies ist der Alltag in den Familien von Tätern und Opfern: Es wurde und wird geschwiegen. Bei Tätern wie Martin Bormann sen., Hitlers engstem Vertrauten bis zum Schluß, dessen Sohn die deutsche Delegation leitete, wird die Schuld unterdrückt und verschwiegen. Die Lage in den Familien der Opfer hat Naomi Bubis 1995 in dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Band „Täter - Opfer - Folgen - Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart“ beschrieben. „Das Nicht-reden-Können ist beiderseitig bedingt. Seitens der ersten Generation spielt die Angst, die eigenen Kinder mit der Vergangenheit zu belasten, eine große Rolle. Aber auch die Hemmungen und Ängste der Kinder, konkret nachzufragen, tragen ihren Teil zum Schweigen und zur Sprachlosigkeit in den Familien bei.“

Liliane Opher-Cohn lebt und arbeitet als Therapeutin in Düsseldorf. Sie stammt aus Rumänien, ihre Eltern haben den Holocaust in Lagern in Transnistrien überlebt. Das ist jenes Gebiet in der südlichen Ukraine, das Hitler dem rumänischen Staat 1941 als Belohnung für dessen Teilnahme am Krieg gegen die UdSSR „geschenkt“ hat. Von den ca. 150 000 nach Transnistrien deportierten Juden haben etwa 90 000 den Holocaust nicht überlebt. Li-

ane Opher-Cohn's Eltern gehörten zu den wenigen, die heimkehren durften. Sie hat zu Hause erlebt, wie der Schrecken der Lager verniedlicht oder verschwiegen wurde. Mutter und Onkel alberten darüber, wie die junge Frau hinter Matratzen versuchte, Vergewaltigungen zu entkommen. Daß ihr Vater im KZ war, hat die Tochter erst nach dessen Tod erfahren.

Um die Sprachlosigkeit zu beenden, war Liliane Opher-Cohn dabei, als 1995, 50 Jahre nach der Befreiung, im Rheinland der „Psychotherapeutische Arbeitskreis für Betroffene des Holocaust“ gegründet wurde. „Zweck des Vereins ist es, unmittelbar vom Holocaust Betroffene, seien diese nun Opfer oder Täter, und deren Nachkommen individuell zu beraten und auf gesellschaftlicher Ebene Aufklärung und Bewußtmachung zu fördern.“

Die erste große Aufklärungsaktion beginnt Mitte August in Düsseldorf unter der Schirmherrschaft von Rita Süßmuth, der Präsidentin des Deutschen Bundestages. Drei Tage lang soll zusammen mit dem Institut für Psychosomatik und Psychotherapie der Uni Köln im repräsentativen Gebäude der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf von Holocaust-Experten aus den USA, Israel, Deutschland, Frankreich und Ungarn „ein tieferes Verständnis für die Situation und Befindlichkeit der Holocaustbetroffenen und deren Angehörigen in erster, zweiter und dritter Generation erarbeitet werden“, heißt es in einer Vorschau. Es ist das erste Symposium dieser Art in der Bundesrepublik und versteht sich als Beitrag zur Feier der Staatsgründung Israels vor 50 Jahren.

Unterstützt wird die Tagung von der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Einen Zuschuß gibt diesmal auch der in Düsseldorf arbeitende „Verein wider das Vergessen“. Außerdem haben mehr als 20 bekannte Düsseldorfer Künstler Arbeiten für eine Versteigerung zur Verfügung gestellt, um das Symposium mit zu finanzieren.

Als Naomi Bubis, selbst Tochter von Holocaust-Überlebenden, 1995 über „Die jüdischen Generationen nach dem Holocaust“ berichtete, schrieb sie abschließend: „Vielleicht ist nun die Zeit gekommen, das Verdrängen zu überwinden, das Schweigen gerade auch gegenüber den eigenen Kindern zu brechen. Jedes einzelne Schicksal muß in Erinnerung weiterleben. Aber wenn die eigenen Kinder es nicht erfahren, wer soll die Lebensgeschichte dann weitergeben?“

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Die Dinge beim Namen nennen

Der Berliner Bezirksbürgermeister Joachim Zeller warnt davor, neonazistisches Denken und Handeln zu bagatellisieren. Nötig sei es, gegen das weit verbreitete Gefühl der Gleichgültigkeit in der Bevölkerung anzugehen.

„Berlin-Mitte ist der Stadtbezirk der Hauptstadt, in der sich alle Probleme des Zusammenwachsens und des Zusammenlebens in Deutschland und in der Stadt fokussieren.“ Diese Feststellung des Bürgermeisters des Berliner Bezirks Mitte, Joachim Zeller (CDU), stand am Anfang eines „blick-nach-rechts“-Gesprächs über die aktuelle Situation in dem Stadtteil, der zusammen mit Tiergarten und Wedding den Regierungsbezirk der Metropole bilden wird. Mitte hat eine Bevölkerungsstruktur, die sich in den letzten Jahren ständig rasch verändert hat. 1997 gab es bei 80.000 Einwohnern mehr als 10.000 Zu- und Fortzüge. Der Ausländeranteil stieg binnen weniger Jahre auf 11 Prozent. Das Nahen der Lobby und der Diplomaten spiegelt sich in 6.000 neuen Zweitwohnungsbeziehern wieder, durch die der Bevölkerungsrückgang ausgeglichen wurde, den es in Mitte wie überall in Berlin gab.

■ Die Grenzen der Toleranz ■

Aber auch eine wichtige politische Veränderung, die wenig mit dem Regierungsumzug zu tun hat, ist eingetreten. Bürgermeister Zeller: „Es ist ein großes Glück für Berlin insgesamt, daß sich in der Spandauer Vorstadt um Oranienburger, Tucholsky- und Große Hamburger Straße wieder jüdisches Leben regt - und zwar nicht nur in Form steinerne Denkmäler wie der Neuen Synagoge, in Begegnungsstätten wie dem Centrum Judaicum und dem JCC, sondern auch dadurch, daß Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft zurück in dieses Viertel finden.“ Vor allem die jüdische Schule in der Großen Hamburger sei „ein Zeichen der Hoffnung, daß es nach dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte, als das reiche jüdische Leben fast völlig aus dieser Stadt vertrieben wurde, in Zukunft wieder eine Rückkehr gibt“. Es könne nur gut für die Hauptstadt sein, wenn sich jüdische

Kultur und Tradition in ihrer ganzen Vielfalt neu entwickle. „Was wir dazu tun können, das wollen wir gerne tun.“

Leider gibt es auch im Zentrum Berlins nicht wenige Signale, daß die Kräfte, die ihre Wurzeln in jenem „dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte“ haben, die Nazis und ihre Epigonen, ebenfalls zurückzukehren versuchen. „Das erste ist natürlich Aufklärung“, antwortete Bürgermeister Zeller dem „blick nach rechts“ auf die Frage, was man seiner Meinung nach dagegen tun müsse. „Man muß Geschichtswissen vermitteln, indem man die noch lebenden Zeitzeugen mit der Jugend zusammenführt. Nichts ist für junge Leute anschaulicher, als Geschichte im persönlichen Kontakt mit den an ihr Beteiligten kennenzulernen“, betonte Zeller.

Das Zweite sei, „daß man dort, wo sich Fremdenhaß, Antisemitismus und Neonazismus ausbreiten, über sämtliche gesellschaftlichen Ebenen hinweg einen breiten Konsens zwischen allen Kräften herbeiführt, um schon den Anfängen zu wehren“. Man dürfe gar nicht erst die Möglichkeit einräumen, daß sich solche Erscheinungen als neue Normalität etablieren. „Neonazistisches Denken und Handeln darf in Deutschland niemals selbstverständlich hingenommen werden, auch dann nicht, wenn man geneigt ist, von Dummheiten oder Unachtsamkeiten zu reden. Es beginnt damit, daß der Gedenkstein in der Großen Hamburger geschändet wird, aber am Ende stehen Geschehnisse und Taten, denen Menschen zum Opfer fallen und von denen sich selbst die Schuldigen distanzieren möchten. Also muß man schon die Keime ersticken.“ Um das zu erreichen, sei es nicht zuletzt nötig, gegen ein tief verwurzeltes Gefühl der Gleichgültigkeit in breiten Kreisen der Bevölkerung anzugehen. „Dabei sind alle zum Mittun aufgerufen.“

Das stehe nicht im Widerspruch zu der auch von ihm vertretenen Forderung nach mehr Toleranz, hob der Bezirksbürgermeister hervor. „Toleranz ist eine wichtige Grundlage für den Umgang miteinander. Aber dort, wo sich Entwicklungen zeigen, die sich gegen andere Menschen richten, dort, wo man versucht, die Geschichte zu verfälschen, um Handlungsweisen gesellschaftsfähig zu machen, die das deutsche Volk schon einmal ins Unglück gestürzt haben, ist die Grenze der Toleranz überschritten. Da ist Nachsicht fehl am Platz, da muß man die Dinge beim Namen nennen, um den Trend ins Verderben zu stoppen“.

Ralf Bachmann

Bücherschau

Nachsichtige Justiz

Die Urteilsbegründung konnte sich sehen lassen: Für „politische Täter“ sei es angesichts des zu erwartenden „Mitleidseffekts“ wenig vorteilhaft, Menschen zu töten oder Kinder zu verbrennen. Von einem Vorsatz sei nicht auszugehen. Also wurden die drei Jugendlichen, die am 4. Oktober 1991 mit Benzin gefüllte Bierflaschen in ein Flüchtlingswohnheim in Hünxe warfen und damit zwei Libanesinnen zu Krüppeln machten, nicht wegen versuchten Mordes, sondern wegen schwerer Körperverletzung verurteilt.

Daß in deutschen Ermittlungsstuben und Gerichtssälen mit der Verfolgung rechtsextremer Gewalt geradezu fahrlässig umgegangen wird, fürchten viele schon seit der (Nicht-)Verfolgung der Brandstifter von Hoyerswerda und Rostock. Wer gehofft hatte, seither habe sich etwas geändert, wurde im vergangenen Jahr wieder pessimistisch: Erst am 51. Verhandlungstag des Lübecker Brandstiftungs-Prozesses gegen den Libanesen Safwan E. erfuhren alle Prozeßbeteiligten, daß die Gerichtsmedizinerin in der Tatnacht die Haare von vier Grevesmühler Jugendlichen untersucht hatte - und bei dreien frische Sengspuren fand.

All denen, die es jahrelang geahnt haben, liefert die Journalistin Ingrid Müller-Münch jetzt die Belege: Anhand von neun Prozessen hat sie den Umgang von Polizei und Justiz mit rechten Gewalttätern systematisch untersucht. Ihre Erkenntnisse übertreffen die schlimmsten Befürchtungen: Immer wieder wurden in den Prozessen von Solingen bis Lübeck Beweismittel verschlampt, Zeugen nicht gefragt. Der Eindruck, man habe es mit unpolitischen Einzeltätern zu tun, wurde oft geradezu forciert. Den Angeklagten, die im brandenburgischen Eberswalde den Angolaner Antonio Amadeu erschlagen hatten, attestierten die Richter eine „jugendtypische Verfehlung“, einem Teilnehmer an den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen „lediglich symbolisches Aufmucken“. Im Falle des dreifachen Gladbecker Mörders Thomas L. wurde während des gesamten Prozesses seine Mitgliedschaft bei der „Wiking-Jugend“ und in der FAP geflissentlich übersehen.

Gerade nach den Übergriffen in Hoyerswerda und Rostock, konstatiert Müller-Münch, sei es an der Zeit gewesen, ein „klares Nein“ auszusprechen. Stattdessen aber sei „die Stimmung im Lande so,

daß ausländerfeindliche Gewalttäter davon ausgehen konnten, mit einem blauen Auge davonzukommen“. So wundert es wenig, daß einer der Täter von Hünxe „nicht eine Minute daran dachte, daß das strafbar sein könnte“.

Das Buch „Biedermänner und Brandstifter“ wirft aber auch ein bezeichnendes Licht darauf, wem in diesem Lande geglaubt wird - und wem nicht: Da bitten Kriminalbeamte ausgerechnet den Kreisvorsitzenden der „Republikaner“ um Mithilfe bei der Tätersuche, da kann der ehemalige Vorsitzende der „Nationalistischen Front“, Meinolf Schönborn, nach deren Verbot unüberprüft eine größere „Geburts- tagsparty“ beim Staatsschutz anmelden. Eine Türkin, der unterstellt worden war, ihr eigenes Haus angezündet zu haben, wurde während ihrer Vernehmung von ihrer Dolmetscherin angebrüllt: „Geben Sie doch endlich zu!“. „Fast schon routinemäßig“, resümiert Müller-Münch, würden ausländische Opfer vor Gericht gefragt, warum sie eigentlich nach Deutschland gekommen seien und wieviel Geld sie bezögen.

Mit ihren einfühlsamen Gerichtsreportagen wirft Müller-Münch aber nicht nur ein bedrückendes Schlaglicht auf zahlreiche Träger des staatlichen Gewaltmonopols, deren Kanonen weiter nach links gerichtet sind. Sondern auch auf eine Presselandschaft, die sich oft an den rechten Parolen beteiligt, auf Kommunalpolitiker, die sich der klammheimlichen Freude kaum erwehren können. Und auf Eltern, die ihre Kinder für verirrte Schäfchen halten und sich auch schon mal zu Hitlers Geburtstag einen hinter die Binde kippen. Es ist eben eine massenhafte Bewegung, die „ihr Scherflein zu der anhaltenden ‘Ausländer raus’-Stimmung im Land beiträgt.“

Jeanette Goddar

Ingrid Müller-Münch, Biedermänner und Brandstifter. Fremdenfeindlichkeit vor Gericht, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 1998, 256 Seiten, 24,80 Mark.

**In eigener Sache**

In der Ausgabe Nr. 11 vom 3.6.1998 „Nazi-Verbrechen in Kroatien“ sind zwei Fehler unterlaufen, auf die uns dankenswerter ein aufmerksamer Leser hingewiesen hat. Kroatien wurde nicht im Jahr 1940, sondern im Jahr 1941 von Deutschland und Italien gegründet. Der Staatspräsident Ante Pavelic war nicht katholischer Geistlicher.

Wir bitten um Nachsicht und weiter um kritische Leserinnen und Leser.

Bücherschau**Antisemitische
Fälschung**

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ dürften die am weitesten verbreitete antisemitische Schrift sein. Inhaltlich suggerieren sie, das Dokument einer jüdischen Weltverschwörung zu sein. Tatsächlich handelt es sich um eine Fälschung, die Ende des vorigen Jahrhunderts aus Kreisen des zaristischen Geheimdienstes als Manipulationsinstrument für innerrussische politische Konflikte entstand. Obwohl der Nachweis des Plagiats bereits Anfang der zwanziger Jahre öffentlich geführt werden konnte, verhinderte dies nicht die bis in die Gegenwart andauernde weltweite Verbreitung dieser Hetzschrift. Die ehemalige Richterin am Obersten Gerichtshof in Israel Hadassa Ben-Itto wurde in ihrem Leben immer wieder mit diesen „Protokollen“ konfrontiert und nutzte ihren Ruhestand zur intensiven Beschäftigung mit der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte. Dabei gaben insbesondere die Dokumente zu einem 1934 in Bern durchgeführten Prozeß, bezogen auf die Aussagen von Augenzeugen und Experten, interessante Einblicke in die Fälschung der Schrift und deren politischen Hintergrund. Ihre diesbezüglichen Erkenntnisse verbunden mit anderen Informationen bilden die Grundlage für Ben-Ittos Buch „Die Protokolle der Weisen von Zion“ - Anatomie einer Fälschung“.

Ausgehend von ihren persönlichen Begegnungen mit den „Protokollen“ beschreibt sie den textlichen Ursprung der Schrift, dessen Verfälschung zu einem angeblichen Dokument für die Existenz einer jüdischen Verschwörung, die erste Verbreitung der „Protokolle“ im zaristischen Rußland, die öffentlichen Erklärungen von Zeugen der Fälschung, die Entlarvung des Plagiats, die Verteidigungsversuche von deren Anhängern und die Verbreitung der Schrift bei den verschiedensten politischen Strömungen bis in die Gegenwart hinein. Die nicht in der historisch-chronologischen Reihenfolge zusammengestellten Kapitel werden jeweils unterbrochen durch Kapitel über den Berner Prozeß von seiner Entstehung über den von Akteuren und Zeugen geprägten Verlauf bis zum Abschluß.

Nach Norman Cohns Ende der sechziger Jahre erschienenen Studie über die „Protokolle“ liegt erstmals wieder ein umfassendes Werk zu dieser anti-

semitischen Fälschung in deutscher Sprache - übrigens als Originalausgabe - vor.

Das Buch beeindruckt durch seinen Informationsreichtum und die Materialfülle. Ausführlich zitiert Ben-Itto aus den nur schwer zugänglichen Akten und macht den Verlauf des Berner Prozesses plastisch. Durch eine ständig wechselnde Perspektive gelingt es der Autorin darüber hinaus auch, Abstand von einer eher konventionellen Darstellung eines historischen Themas zu nehmen, was allerdings auch irritierend wirken kann, handelt es sich doch um die Beschreibung eines sehr komplexen Ereignisses. Bedauerlich ist darüber hinaus auch, daß die Autorin ihre Zitate nicht durch entsprechende Quellenverweise genauer belegt. Hier und da nutzt sie einen prosaischen Stil, der zwar die Lesbarkeit erhöht, aber in einer solchen Studie eher fehl am Platz ist. Und schließlich fehlen auch analytische Deutungen und Interpretationen zu den Ursachen für die Akzeptanz der „Protokolle“ in den verschiedensten Regionen der Welt zu den unterschiedlichsten Zeiten. Trotz dieser kritischen Anmerkungen verdient das Buch vor dem Hintergrund der Darstellung der Entstehungsgeschichte sowie der Präsentation entsprechender Aussagen und Dokumente Aufmerksamkeit, gerade angesichts der auch gegenwärtig noch stattfindenden Verbreitung der „Protokolle“, worauf Ben-Itto im letzten Kapitel exemplarisch hinweist.

Armin Pfahl-Traugher

Hadassa Ben-Itto, „Die Protokolle der Weisen von Zion“ - Anatomie einer Fälschung, Berlin 1998 (Aufbau-Verlag), 419 S., 49,90 Mark.

**Richtigstellung**

Betr.: Meldung „Hoyerswerda“ in der Ausgabe vom 01.07.1998

Herr Liebchen weist uns darauf hin, daß die von uns zitierte Mitteilung des Online-Dienstes BBZ, er sei in der geschlossenen Abteilung des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Reichenau gewesen, falsch ist.

Wir stellen dies daher richtig.

Redaktion
„blick nach rechts“

Meldungen

■ **Annweiler am Trifels** - In der aktuellen Ausgabe des Neonazi-Skinzines „Tabula Rasa“ aus Annweiler (Rheinland-Pfalz) findet sich eine Selbstdarstellung des Berliner „Skingirl Freundeskreises Deutschland“ (SFD). Der SFD wurde eigenen Angaben zufolge zum Jahreswechsel 1990/91 von Skingirls aus verschiedenen deutschen Städten gegründet. Ziel sei es gewesen, „den Zusammenhalt unter den Frauen in der Skinszene zu stärken, neue Frauen einzubinden und etwas von Frauen für Frauen ins Leben zu rufen.“ Aktuell will der SFD etwa 50 Frauen in seinen Reihen haben. Er setzt sich allerdings nicht mehr ausschließlich aus Skingirls zusammen, sondern auch Ex-Skingirls und „nationale Frauen mit Bezug zur Skinszene“ seien integriert. Interessentinnen können sich mit Bereichen wie Mutter-Kind, Ernährung, Tier- und Umweltschutz, Brauchtum, Tatoo, Literatur oder Geschichte und Politik sowie Gefangenenbetreuung u.a. beschäftigen.

■ **Berlin** - Zehn rechtsextreme Organisationen, darunter die „Vereinigte Rechte“, die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), die „Gemeinschaft Deutscher Osten“ (GDO) und die „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ (NDO) haben für den 3. Oktober 1998 auf dem Alexanderplatz in Berlin eine Kundgebung für die Rückgabe der „Deutschen Ostgebiete“ angekündigt.

■ **Berlin** - Nach Angaben des viermal jährlich erscheinenden Pressedienstes „Intern“ der „Jungen Freiheit“ (Redaktion: Kai Guleikoff) hat der JF-Buchdienst im vergangenen Jahr im Wert von über einer halben Million Mark Bücher und Videos verkauft. In diesem Jahr soll, so JF-Geschäftsführer Dieter Stein, der Umsatz verdoppelt werden: „An die Konkurrenz der anderen kommerziellen Buchversender kommen wir noch nicht heran. Es wird aber der Baustein dafür gelegt, die JF über den Buchdienst weiter zu stabilisieren.“ Nach dem Ausscheiden von Wolfgang Saur als JF-Buchdienst-Mitarbeiter betreut nun Peter Boigk gemeinsam mit Diana Bohnheio die Kunden.

■ **Berlin/Langen** - In der holocaustleugnenden Zeitschrift „Sleipnir“ (Berlin) ist ein „Offener Brief“ an Egon Krenz, den letzten Staats- u. Parteichef der DDR veröffentlicht. Autor ist Thomas Brehl (Langen), einst engster Weggefährte des Neonazis Michael Kühnen. Brehl wünscht Krenz in seinem Brief „alles Gute und viel Kraft für die Zu-

kunft!“ Die Verurteilung von Krenz durch ein Berliner Gericht müßten, so Brehl, „alle aufrechten Patrioten“ bedauern. Brehl an Krenz: „Durch Ihre Verurteilung hat sich der Bonner Staat einmal mehr demaskiert und so bleibt am Ende nur zu hoffen - und das hoffen wir wohl beide?! -, daß möglichst schnell eine politische Wende eintritt und alle deutschen Patrioten gemeinsam einen Weg zum Deutschen Sozialismus finden werden.“ Unterzeichnet hat Brehl seinen Brief mit „nationalen und sozialistischen Grüßen“.

■ **Böblingen** - Das für den 11. Juli terminierte „DVU-Sommerfest“ wurde auf Samstag, den 8. August verschoben. Als Trostplaster ist dafür die neue DVU-Prominenz aus Sachsen-Anhalt angekündigt. Der Fraktionsvorsitzende Helmut Wolf und der Landtagsalterspräsident Rudi Wichmann werden neben dem baden-württembergischen DVU-Funktionär Jürgensen eine Rede halten. Anmeldung und Information laufen über die DVU-Landesverbände Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie den DVU-Kreisverband Böblingen.

■ **Burg in Dithmarschen** - Der neonationalsozialistisch orientierte „Verlag Tim Schatowitz“ (VTS) im schleswig-holsteinischen Burg in Dithmarschen geht seit mehreren Wochen mit aggressiv betriebener Werbung auf Kundenfang im rechtsextremen Lager. Zugute hält sich der Verlag, dem eine Versandbuchhandlung angeschlossen ist, daß kein Verlagsmitarbeiter älter als 25 Jahre sei. Geklagt wird darüber, daß „junge nonkonforme Menschen“ in „diesem System der Unterdrückung und Verfolgung unerwünscht“ seien und man dadurch „einen großen Druck“ auf VTS ausübe.

■ **Chemnitz/Rostock** - Im sächsischen Chemnitz hat am 11. Juli ein NPD-Aufmarsch mit rund 400 Teilnehmern stattgefunden. Rund 6000 Gegendemonstranten protestierten gegen die NPD-Kundgebung, die nach zunächst ausgesprochenem Verbot durch die Stadt am Vorabend vom Obergericht Bautzen genehmigt wurde. In Rostock soll am 19. September als Abschlußveranstaltung des NPD-Bundestagswahlkampfes eine Großdemonstration durchgeführt werden. Die NPD will am 27. September sowohl zu den Bundestags- als auch den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern antreten. Als Direktkandidat der NPD für die Bundestagswahl tritt in Stralsund der vorbestrafte militante Rechtsextremist Manfred Roeder an. In Neustrelitz will die NPD am 1. August eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Arbeits-

losigkeit und Sozialabbau“ durchführen. Am 1. Mai mobilisierte die NPD mehrere tausend Rechtsextremisten zu ihrer Kundgebung nach Leipzig.

■ **Leipzig/Stuttgart** - In Leipzig hat auf Initiative des NPD-Bundespräsidiums die konstituierende Sitzung des „Arbeitskreises Wirtschaftspolitik“ stattgefunden. Referenten waren Michael Nier aus Chemnitz, ehemaliger Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule Mittenwerde, Gerhard Weppenich aus Leipzig, Wirtschaftsmathematiker, Reinhold Oberlercher aus Hamburg, Horst Mikonauschke und der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende und Rechtsanwalt Hans-Günter Eisenecker. Geleitet wurde die Sitzung von Per Lennart Aae. Der Arbeitskreis will überparteilich eine Diskussion über Alternativen zur Globalisierung in Gang setzen.

■ **Leipzig** - Bei der diesjährigen weltweit größten Veranstaltung der Dark Wave/Gotik-Fans, dem 7. „Wave-Gotik-Treffen“ in Leipzig, hat es auch ein keltisches Lager und ein heidnisches Dorf gegeben. Durchgeführt wurden ebenso Lesungen und Vorträge zu Themen wie Magie und Reinkarnation. Unübersehbar sind im Dark Wave/Gotik-Bereich weiterhin rechtsextreme Elemente. In Szene-Publikationen finden sich in regelmäßiger Wiederkehr Interviews mit Rechtsextremisten oder Beiträge über die NS-Zeit. In „Astan“ wird beispielsweise die Lügenmär über den „Speer des Longinus“, der beim Esoterischen Hitlerismus eine Rolle spielt, erwähnt. Im Magazin „Gothic“ kann der Sänger und Kopf der Band „Forthcoming Fire“, Jay Kay (= Josef Klumb), über die Weltverschwörung der „Illuminaten“ („Über die Leiche eines vereinten Europas hinweg, wird sich die Illuminatenfaust zu gegebener Zeit schließen, und dann wird auch der Letzte spüren, was es heißt, die Welt im Griff zu haben.“) sich auslassen. „Illuminaten“ stehen in rechtsextremen Kreisen als Chiffre für Juden.

■ **Liesborn** - In der neuesten Ausgabe des „Kurier“, dem Organ der ultrarechten Partei „Christliche Mitte“ (Bundesvorsitzende: Adelgunde Mertensacker aus dem nordrhein-westfälischen Liesborn), ist ein Artikel von Gisela Sedelmaier veröffentlicht, die über die Geburt ihrer Tochter berichtet: „Ach, es lohnt sich zu leben! Es lohnt sich, eine Familie geworden zu sein!“ Sedelmaier ist das Pseudonym (BNR 8/97) der Hamburger Rechtsanwältin Gisela Pahl, die als Initiatorin des „Deutschen Rechtsbüros“ gilt. Pahl war einst beim „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) und später bei den „Republikanern“ aktiv.

■ **München** - Im Interview mit der rechtsextremen österreichischen Monatszeitschrift „Aula“, abgedruckt auch in der „Deutschen National-Zeitung“ vom 26.6.1998, beklagt sich der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey über die völlig verzerrte Darstellung seines finanziellen Engagements durch die Medien. An seinen Verlagen würde er nichts verdienen, die Zinseinnahmen, die die DVU wegen Schulden an ihn zu zahlen hätte, würde er wieder spenden etc... Der sonst eher medienscheue Frey äußerte sich auch über die Verfasser des DVU-Programms: Es sei „von den ersten Gelehrten und Wissenschaftlern Mitteleuropas, an der Spitze der maßgebliche Grundgesetzkommentator und ehemalige bayerische Kultusminister Prof. Dr. Maunz und der führende Rechtsanwalt und frühere bayerische Innenminister Dr. Seidl, entworfen und dann monatelang auf allen Ebenen durchdiskutiert und schließlich auf mehreren Parteitagungen angenommen und ergänzt worden. Es mag sein, daß die gescheiterten Leute unseres Landes den ‘intellektuellen Anforderungen‘ der Journaille nicht entsprechen“, räumte Frey noch ein.

■ **München** - Zur Bundestagswahl am 27. September tritt die rechtsextremistische „Deutsche Volksunion“ in allen 16 Bundesländern mit Landeslisten an. Der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey kandidiert höchstpersönlich auf dem Spitzenplatz der DVU-Liste für Nordrhein-Westfalen, die bayerische Landesliste wird von seinem Zugpferd Franz Schönhuber angeführt. Auf den ersten Listenplatz der baden-württembergischen DVU wurde der Landesvorsitzende Peter Jürgensen platziert, auf der sächsischen DVU-Liste tritt der REP-Überläufer Krause an. In seinen Gazetten bitet Frey seine Anhängerschaft schon seit geraumer Zeit um Spenden und Helfer für den DVU-Bundestags- und den Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern.

■ **München/Berlin** - Hinter dem Pseudonym „Hugo Rauschke“, dies ist der aktuellen Ausgabe von „Sleipnir“ zu entnehmen, steckt die Münchner Rechtsextremistin Ingrid Weckert. „Rauschke“ hatte sich in „Sleipnir“ mit holocaustleugnenden Beiträgen einen Namen gemacht. Die einstige Kühnen-Gefährtin Weckert publizierte in der Reihe „Kritik. Die Stimme des Volkes“ von Thies-Christophersen (vormals SS-Sonderführer im Vernichtungslager Auschwitz) den Band „Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich“ und war Mitglied der neonazistischen „Deutschen Alternative“. Ihr revisionistischer Artikel „Zweimal Dachau“, unter

dem Pseudonym „Hugo Rauschke“ verfaßt, der den Alltag im dortigen KZ als eine Art „Erholungskur“ schildert, bescherte dem „Verlag der Freunde“, in dem „Sleipnir“ erscheint, eine Hausdurchsuchung. Unter ihrem Eigennamen wurde der Beitrag auch in den „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ (Belgien) veröffentlicht.

■ **Neumünster** - Der Kieler Frank Steuer (33) ist vom Amtsgericht Neumünster in Abwesenheit zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.500 Mark verurteilt worden. Im September vergangenen Jahres hatte Steuer mit Gesinnungskameraden auf dem Sportplatz von Neumünster bei einem Fußballspiel randaliert. Der Koch zeigte dabei den Hitler-Gruß verbunden mit Sieg-Heil-Rufen. Zusätzlich leistete er Widerstand bei seiner Festnahme durch die Polizei, die er auch noch verbal beleidigte.

■ **Rostock/Kiel** - Der „Bund Freier Bürger“ hat auf einem Landesparteitag den Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, den Sprachwissenschaftler Achim Fahs, in seinem Amt bestätigt. Spitzenkandidat des BFB für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wurde der 27jährige Student Torsten Seegert. Zu den Bundestagswahlen möchte der BFB ebenfalls antreten. Die Landesliste Schleswig-Holstein soll Claus-Hinrich Stange aus Bad Oldesloe anführen.

■ **Tübingen** - Das Ehepaar Andreas Rossiar (32) und Karin Bächtle (28), ehemalige Führungskader der 1993 verbotenen neonazistischen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“ (HVD), fiel vor kurzem in Tübingen wieder auf. Sie bewachten als Mitarbeiter der im schwäbischen Balingen beheimateten Security-Firma „Titan“ das renommierte Tübinger „Kultur- und Gewerbezentrum Sudhaus“ im Rahmen von Veranstaltungen. Beim Balingen Sicherheits- und Bewachungsdienst will man von der Vergangenheit und den Vorstrafen der beiden Neonazis nichts gewußt haben, wie das „Schwäbische Tagblatt“ berichtete. Das „Sudhaus“ beauftragte nach dem Bekanntwerden des braunen Hintergrundes der Sicherheitsdienstler ein anderes Unternehmen mit dem Schutz.

■ **Villingen/Schwenningen** - Der Freundeskreis „Franz Schönhuber“ Schwarzwald-Baar-Heuberg mobilisiert für den 24. Juli zu einer Kundgebung mit Schönhuber, die im Großraum Mittlerer Neckar stattfinden soll. Anmeldungen erfolgen über den DLVH-Funktionär Jürgen Schützinger aus Villingen/Schwenningen.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

■ **Zerbst** - Die zerfallenden sachsen-anhaltinischen „Republikaner“ haben in Anwesenheit des REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer auf einem Landesparteitag einen neuen Landesvorstand gewählt. Frischgekurter Landesvorsitzender ist Hermann Lehmann, zu seinen Stellvertretern wurden Eckard Birkholz, Wilfried Naruhn und Udo Reinke bestimmt. Spitzenkandidat für die Bundestagswahl der REP-Landesliste in Sachsen-Anhalt ist der neue Vorsitzende Lehmann. Der Parteitag verabschiedete einstimmig - im Beisein von Schlierer - eine Erklärung, wonach jeglicher Zusammenarbeit mit DVU oder NPD eine Absage erteilt wird.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto